



**Flüchtlingsrat Brandenburg**  
Eisenhartstr.13  
14469 Potsdam  
Tel./ Fax: 0331-716499

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de  
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

**Bankverbindung:**  
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam  
KtoNr.: 350 10 10 000, BLZ: 160 500 00

## **Informationsrundbrief des Flüchtlingsrats Brandenburg 26.09.2007**

### **Protokoll der Sitzung des FR vom 26.09.2007 Infodienst von September bis Oktober**

#### **TOPs:**

- 1. Blitzlicht**
- 2. Perspektivforum**
- 3. Frankfurt O. will Ausländerbeauftragte/n abschaffen**
- 4. Seminare in Planung**

#### **1. Blitzlicht**

- Zwei UnterstützerInnen des Flüchtlingsrates führten Interviews zum Thema Sammelanhörungen mit einem Betroffenen. Dieser erzählte, dass sich die Geladenen für die Botschaftsanhörung abgesprochen hatten, dass sie dort gar nicht sprechen werden, um nicht mit fragwürdigen Methoden als Staatsangehörige identifiziert zu werden. Die Folge war, dass die, die es durchgehalten hatten wegen mangelnder Mitwirkungspflicht eine Kürzung der Leistungen von 80 € hinzunehmen hatten.
- Zu Beginn des Jahres gab es in OSL einen Kreistagsbeschluss, dass Bahnsdorf auf jeden Fall geschlossen werden sollte und Sedlitz als einziges Heim in OSL weiterbestehen sollte. Nun hat sich der Kreistag folgende Lösung einfallen lassen, um diesen Beschluss praktisch umzukehren: Sedlitz muss renoviert werden, was ca. ein bis zwei Jahre dauern würde. Für die Zeit sollen alle Sedlitzer Flüchtlinge nach Bahnsdorf ziehen. Nun hat sich der Sedlitzer Heimbetreiber geweigert das Heim in Sedlitz unter diesen Bedingungen aufrecht zu erhalten, weil es für ihn ein großes Verlustgeschäft wäre. Praktisch bedeutet das wohl, dass Sedlitz unter diesen Bedingungen noch vor Bahnsdorf geschlossen wird. Der Flüchtlingsrat bleibt dran und berichtet weiter.
- Änderungen für Leistungsberechtigte nach AsylbLG: nach dem neuen Gesetz müssen die Betroffenen 48 Monate (statt wie bisher 36 Monate) mit den geringeren Leistungen nach §3 AsylbLG leben. Es gibt hier mehrere Umsetzungsansätze: 1. Nur die fallen unter die neue Regelung, die noch keine 3 Jahre hier sind (Bestandsschutz für alle anderen) 2. Nur die werden zurückgestuft, die zwar schon 3 Jahre aber noch nicht 4 Jahre hier sind und bisher schon nach §2 AsylbLG Leistungen erhielten. 3. Alle werden zurückgestuft, auch die die z.B. bereits 10 Jahre hier sind aber erst 3 Jahre Leistungen nach §3 erhielten. Der FR startet eine Umfrage, welcher Landkreis es wie auslegt.

#### **2. Perspektivforum**

Das Perspektivforum wurde rege besucht, und es ist uns gelungen viele Leute aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen einzuladen. Es wird ein Protokoll des Perspektivforums geben, dass auf der Homepage eingesehen werden kann bzw. an die Teilnehmenden des Forums versandt wird.

#### **3. Frankfurt O. will Ausländerbeauftragte/n abschaffen**

Die Stelle des/der Ausländerbeauftragten in Frankfurt soll zukünftig ehrenamtlich fortgeführt werden, diesem Plan muss allerdings durch die Stadtverordneten erst zugestimmt werden. Gerade in FFO, der

Viadrina-Multikulturellen Grenzstadt, sollte es allerdings den Anspruch einer/s eigenen Ausländerbeauftragten geben. Es wäre ein ganz fatales Zeichen, diese/n hier abzuschaffen bzw. nur ehrenamtlich einzusetzen. Der FR hat sich dagegen positioniert.

#### 4. Seminare in Planung

Der Flüchtlingsrat plant in den nächsten Monaten Seminare zu folgenden Themen durchzuführen:

1. Die „Jugendlichen ohne Grenzen“ haben darum gebeten, eine Einführung in die Finanzaufgabe für Kleinprojekte zu bekommen. Dieses Seminar wird wohl Ende Oktober bzw. Anfang November stattfinden.
2. Zum Zuwanderungs-Änderungsgesetz wird es eine Fortbildung für ehrenamtliche und hauptamtliche Berater/innen geben. Dieses Seminar wird am 22.11.2007 in Potsdam stattfinden

#### Der Anhang:

- Infodienst
- Termine
- Bücher und Broschüren
- Rundbriefe anderer FRs und Gruppen
- Urteile
- Tipps und Sonstiges
- Brandenburg Live
- Pro Asyl Infomappe
- Pressemitteilung Die Linke vom 02. Oktober 2007: Durchsetzung von Abschiebungen um jeden Preis
- Hinweise zum Richtlinienumsetzungsgesetz vom Bundesministerium des Innern vom 02.10.2007
- Wegfall der Arbeitsmarktpflicht für ausländische Hochschulabsolventen
- Tagesspiegel 17.10.2007: "Polizei diskriminiert Schwarze"
- PE Pro Asyl 29-10-2007: Griechenland: Flüchtlinge werden Opfer von Misshandlungen und Rechtlosigkeit
- Grenzkontrollen zu neuen EU-Staaten entfallen am 21. Dezember. Die Kontrollen an Flughäfen folgen zum 30. März 2008. Der Schengen-Raum wächst auf 24 Staaten.

#### Infodienst: Neues von September bis Anfang November 2007

*Nicht hier aufgeführte Infos wurden größtenteils vorab über den Mailverteiler gesandt*

#### LÄNDERINFOS

- FR Hamburg: Rückübernahmeliste Deutschland - ,mit welchen Staaten hat D ein Abkommen (2007\_10\_01\_Rückkehr)
- **IRAK:** Schreiben der Botschaft der BR Deutschland vom 05.10.2007 nebst Übersicht zu dem Thema: "Antwort auf die Frage, wie irakische Staatsangehörige die einfachen Sprachkenntnisse erlernen können". (2007\_10\_Länderinfos\_Irak\_2007\_2007\_10-Spracherwerb\_deutsch...)  
**DUBLIN, EUROPA, AUßENGRENZEN**
- **Libyens Abschiebelager - Weg in die Unmenschlichkeit**  
<http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/weg-in-die-unmenschlichkeit/?src=ST&cHash=45aac1ca6a>
- **Festung Europa - Die "Boatpeople" sterben weiter.** Mit Kontrollen, Patrouillen und Ausweisungen ersparen Länder wie Markko oder Libyen der EU die lästige Aufgabe, illegale Einwanderer selbst abzuschieben. <http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/die-boatpeople-sterben-weiter/?src=MT&cHash=3c0da219ee>
- Die Diktaturen Nordafrikas werden für ihre Kooperation mit der EU reich belohnt Menschenrechte oder Leichensäcke. <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/menschenrechte-oder-leichensaecke/?src=MT&cHash=d27cf43c32>

#### ABSCHIEBUNG/ABSCHIEBUNGSHAFT

Am 21.09.2007 wurde vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt Oder die Klage einer Kenianerin verhandelt. Die Frau wurde während ihrer Haftzeit in der Abschiebungshaft insgesamt mehr als 37 Stunden gefesselt. Darunter einmal neun Stunden am Stück (sog. Fünf-Punkt-Fixierung). Am 05.10. wurde die Klage der Kenianerin abgewiesen. Weil die Gefahr bestand, dass die Frau „sich selbst verletzen oder das Mobiliar der Anstalt beschädigen würde“, durfte sie zweimal über mehrere Stunden an Händen und Füßen auf einen Tisch gebunden werden. Die Klägerin kann die Zulassung der Berufung beim OVG Berlin-Brandenburg beantragen.

Presseerklärung vom 09.11.2007 F Berlin: **Ohne Rücksicht auf Krankheit schiebt Ausländerbehörde Flüchtlingsfamilie nach Polen ab.** Gestern wurde ohne eine ärztliche Untersuchung die Abschiebung eines viermonatigen kranken Säuglings, seiner kranken Geschwister (6 und 7 Jahre, amtsärztlich festgestellte posttraumatische Belastungsstörung) und der Eltern durchgeführt. Am 8.11.2007 wurde in

den frühen Morgenstunden die aus Tschetschenien stammende Familie D. überraschend im Flüchtlingsheim in Berlin aus dem Bett gerissen und festgenommen zur Abschiebung nach Polen

## **BRANDENBURG**

- **Hier Geblieben! sagt Danke! - Es geht weiter!!!** Seit fast drei Jahren besteht nun das Aktionsbündnis Hier Geblieben! seit dem Sommer haben wir „ein bisschen Bleiberecht“ per Bundestagsbeschluss. Auf der Webseite [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net) wurden zahlreiche Aktionen und Demonstrationen sowie die Aufführungen vom GRIPS Theater und den Aufbau der Jugendinitiative - Jugendlichen ohne Grenzen - dokumentiert. Neuerdings gibt es auch zahlreiche Filme über die Initiative im Netz zu sehen. Sie können entweder über [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net) unter Filme angeklickt werden oder unter you tube angesehen werden. Wir möchten uns an dieser Stelle für das vielfältige Engagement vieler Menschen, Schulklassen, Gruppen und Organisationen für das Bleiberecht bedanken und uns für viele oft im Eifer des Engagements doppelt verschickten Emails entschuldigen. Gleichzeitig darauf hinweisen, dass unsere Proteste weiter gehen und notwendiger denn je sind, denn für die meisten Flüchtlinge ist die im Bundestag beschlossene Regelung zum Bleiberecht nicht gültig. Mit anderen Worten der Bleiberechtsbeschluss ist eine Mogelpackung, der den Namen Bleiberecht leider nicht verdient und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ist eine Katastrophe. Deshalb sind unsere nächsten Proteste sind für parallel zur Innenministerkonferenz im Dezember in Berlin geplant. Bitte unterstützt uns weiter, indem Ihr/Sie:
  - unsere Webseite [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net) verlinken und bekannt machen.
  - Die Filme und Dokumentationen verlinken und bekannt machen
  - sich an Protesten (siehe aktuell unter [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)) beteiligen oder selber in den eigenen Wohnorten organisieren

<b>Termine</b>	
<b>Donnerstag, 15.11.07</b> <b>19 Uhr</b>	<b>Transit oder Sackgasse? Die neue EU-Außengrenze zur Ukraine und ihre Auswirkung auf die Situation von Flüchtlingen im Land.</b> ReferentInnen: Taisa Bazarkaeva, Organisation zur Unterstützung von Flüchtlingen „BERKAT“, Kiew, Harald Glöde, Flüchtlingsrat Brandenburg. Die Außengrenzen der Europäischen Union verschieben sich immer weiter nach Osten, im Januar 2007 traten Rumänien und Bulgarien der EU bei. Aber an der Grenze zur Ukraine wird der Erweiterungsprozess vorerst zum Stillstand kommen. Schon seit Jahren ist die Ukraine angehalten, Flüchtlinge am Grenzübertritt gen Westen zu hindern. In einigen Regionen existieren bereits Internierungslager für Flüchtlinge, deren Zahl wird in den kommenden Jahren ansteigen. Die Situation für Flüchtlinge in der Ukraine ist extrem instabil und von Behördenwillkür geprägt. Zunehmend lassen sich auch Abschiebungen in die Herkunftsländer beobachten wie beispielsweise von usbekischen TeilnehmerInnen des Aufstandes in Andischan. Eine Veranstaltung des Bildungswerks der Heinrich Böll Stiftung, Ort: Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin.
<b>Donnerstag, 22.11.07</b> <b>9:45-16:30 Uhr</b>	<b>Was ändert das „Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz“ für die ausländerrechtliche Beratung?</b> Seminar mit Volker Maria Hügel, GGUA Münster. Volkshochschule Potsdam, Dortustr. 37, 14467 Potsdam, 9:45-16:30 Uhr. Eine Veranstaltung des Flüchtlingsrats Brandenburg.
<b>Montag, 26.11.07</b> <b>14-18 Uhr</b>	<b>Fachgespräch zur Situation tschetschenischer Flüchtlinge in Osteuropa, Dublin II und was wir in Brandenburg damit zu tun haben.</b> ReferentInnen: <b>TINA ISMAJLOVA</b> und <b>RAMZAN AMPUKAEV</b> . Sie arbeiten mit in einer Aktionsgruppe zum Monitoring über die Lage der tschetschenischen Flüchtlinge in Europa in Brüssel, der Schwerpunkt liegt auf den Auswirkungen der DUBLIN II - Verordnung Stilwerk, Posthofstr. 5, 14467 Potsdam, 14 -18 Uhr. Eine Veranstaltung von borderline-europe in Zusammenarbeit mit dem AK Tschetschenien des Flüchtlingsrats Brandenburg.
<b>Freitag, 30.11.2007</b> <b>11-16 Uhr</b>	<b>Ehrenamtlich für MigrantInnen und Flüchtlinge - MentorIn werden!</b> Wie kann man Ehrenamtliche gewinnen, vermitteln, beraten und qualifizieren, sich als BegleiterInnen für Flüchtlinge einzusetzen? Referentinnen: Claudia Schippel und Amelie von Griessenbeck. Flüchtlingsrat Brandenburg, R-Breitscheid_Str. 164, 14482 Potsdam (Griebnitzsee), 11-16 Uhr Eine Veranstaltung von XENION, Baff, Parität, International Society for Human Rights in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Brandenburg

## Bücher und Broschüren

- Ein neues Lehrbuch für Menschen ohne (bzw. mit geringen) Schriftsprachkenntnisse(n) zu erstellen, was u.a. auch von Menschen genutzt werden kann, die nicht an einem entsprechendem Kursangebot teilnehmen möchten oder können: Von einem Autorinnenteam, das sich aus der Dipl. Päd. und Alphabetisierungslehrkraft Meike Drittnner und der Germanistin und Lehrkraft Martina Ochs zusammensetzt. Das Alphabetisierungsprojekt umfasst drei geplante Bände, die alle als Lehr-, Selbstlern- und Lehrerhandbuch konzipiert sind. Die Zielgruppe des ersten, bereits vorliegenden Bandes „Erwachsene Neulinge erobern die Schrift 1“ sind Erwachsene und Jugendliche verschiedener Herkunft, die zumindest über erste mündliche Deutschkenntnisse verfügen und die Lesen und Schreiben lernen wollen. Unsere Intention ist es, eine systematische synthetische Alphabetisierung mit einem angebotsorientierten und themenzentrierten Ansatz zu verbinden.  
Weitere Informationen zu den Zielen und Inhalten finden Sie auf unserer Homepage <http://www.alpha-basis-projekt.de> ([www.alpha-basis-projekt.de](http://www.alpha-basis-projekt.de)). Falls all dies Ihre Zustimmung findet, würden wir uns freuen, wenn Sie den angehängten Handzettel auslegen und potenzielle Interessenten auf die Homepage hinweisen könnten.  
Mit verbleibenden Fragen können Sie sich direkt wenden an: Meike Drittnner: [drittnner@alpha-basis-projekt.de](mailto:drittnner@alpha-basis-projekt.de), Martina Ochs: [ochs@alpha-basis-projekt.de](mailto:ochs@alpha-basis-projekt.de)

## Rundbriefe anderer Flüchtlingsräte und Gruppen

**Der Schlepper, Heft 40/41:** [http://www.frsh.de/schl\\_40-41/inhalt\\_s40.html](http://www.frsh.de/schl_40-41/inhalt_s40.html). Inhalte u.a.: FLUCHT & WELTWEITE MIGRATION, FLUCHTGRÜNDE IN AFRIKA, FLUCHTGRÜNDE IM MITTELMEERRAUM, FLUCHTGRÜNDE IM MITTLEREN OSTEN, FLUCHTGRÜNDE IN ASIEN, FLUCHTWEGE, RÜCKKEHR

## Urteile

### **Rückstufung von Leistungen nach § 2 AsylbLG auf solche nach § 3 AsylbLG**

Das Sozialgericht Braunschweig hat mit Beschluss von 12.10.2007 - Az. S 20 AY 57/07 ER entschieden, dass ein Flüchtling, der bereits seit vier Jahren im Leistungsbezug nach dem AsylbLG steht und dem Leistungen nach § 2 AsylbLG bislang gewährt wurden, vorerst weiterhin Leistungen nach § 2 AsylbLG erhält, **also nicht zurückgestuft werden darf auf Leistungen nach § 3 AsylbLG mit der Begründung, er habe noch nicht 48 Monate eingeschränkte Leistungen nach § 3 AsylbLG erhalten.** Der Beschluss trägt folgenden Tenor:

- 1) Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen eine Rückstufung von Leistungen nach § 2 AsylbLG auf solche nach § 3 AsylbLG wird wiederhergestellt.
- 2) Bei Leistungsgewährung nach § 2 AsylbLG ohne zeitliche Befristung handelt es sich um einen Dauerverwaltungsakt; ein Anfechtungswiderspruch gegen einen Änderungsbescheid hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung.
- 3) Es erscheint nicht von vornherein ausgeschlossen, dass bei der neuen gesetzlichen 48-Monats-Frist bereits gewährte Leistungen nach § 2 AsylbLG mit angerechnet werden.
- 4) Bei der Folgenabwägung ist maßgeblich zu berücksichtigen, dass Leistungen nach § 3 AsylbLG erhebliche Einschnitte in die Lebensführung einschließlich verringerter Integrationsmöglichkeiten zur Folge hat.

Die Hauptsacheentscheidung steht in diesem Verfahren noch aus. Wir raten dennoch dazu, in entsprechenden Fällen Widerspruch bei den Leistungsbehörden und ggfs. (bei fortlaufender Leistungskürzung) Eilanträge bei den Sozialgerichten einzureichen.

- AG Tempelhof-Kreuzberg, 17.09.2007, 70a II 2476/07, **keine Beratungshilfe für einen Antrag bei der Ausländerbehörde, da der Ausländer sich dort ja kostenlos beraten lassen könne.** Ebenso das AG Westerbürg. Die gegenteilige Auffassung vertritt jedoch das AG Schöneberg.
- Österreichischer VwGH; 16.04.2007; 2005/01/0463; **Die Praxis von Behörden, das Alter eines Antragstellers anhand des äußeren Erscheinungsbilds zu schätzen, ist rechtswidrig**
- OVG Schleswig-Holstein; 23.08.2007; 4 LA 53/07; **Anspruch auf 25 V: Wegen des Ziels der Abschaffung v. Kettenduldungen ist der Ausweisungsgrund unter der Schwelle des § 9 Abs.2 Nr.4 nicht zu berücksichtigen. siehe auch VG SH 4 A 232/06**
- VG Schleswig-Holstein; 13.06.2007; 4 A 232/06; **Anspruch auf 25 V: Wegen des Ziels der Abschaffung v. Kettenduldungen ist der Ausweisungsgrund unter der Schwelle des § 9 Abs.2 Nr.4 nicht zu berücksichtigen. siehe auch OVG 4 LA 53/07 (ebf.heute eingesandt)**
- BVerwG; 29.03.2007; 5 C 8.06; **Keine Anrechnung der Zeiten der Aufenthaltsgestattung beim ius-soli-Erwerb nach § 4 III StAG außerhalb von § 35 AuslG / § 26 IV AufenthG, es sei denn, man ist Asylberechtigter oder Konventionsflüchtling**

- EuGH, 20.09.2007, C-16/05, Auf dem Weg zur Visafreiheit? Verwendbar für Verfahren wegen unerlaubter Einreise
- BVerfG, 06.02.1992, 2 BvR 1804/91, BVerfG zur Bewilligung von Beratungshilfe im Asylverfahren-Asylantragsteller kann grundsätzlich zur Beratung an die Ausländerbehörde verwiesen werden - Verfassungsbeschwerde gegen die Ablehnung von Beratungshilfe hat deshalb eher wenig Chancen auf Erfolg
- 25.09.2007, Referat vor der AG Ausländerrecht des Bremischen Anwaltsvereins am 25.09.2007, Überblick über Datenschutzregelungen im Ausländerrecht
  - 01.06.2007, Liste der Rückübernahmeabkommen
- HessVG, 05.06.2007, 5 E 209/05, Begrenzung der Erstattungspflicht aus einer Verpflichtungserklärung
- VG Frankfurt/Oder, 21.09.2007, 5 L 160/07, bei der Ermessensausübung im Rahmen einer Rücknahmeentscheidung (hier: Ehebestandsdauer unter 2 Jahre) ist die Integrationsleistung angemessen zu berücksichtigen
- Senatsverwaltung für Inneres Berlin, 28.11.2006, 1 C 11 - 0206/3401, Verwaltungspraxis Einbürgerung bei laufenden Widerrufsverfahren
- OVG NRW, 14.08.2007, 18 E 686/07, Positiver PKH-Beschluss des OVG NRW zur Abwägung zwischen dem Anspruch auf Schutz des Privatlebens (Art. 8 EMRK) und generalpräventiven Aspekten bei einer Ausweisung
- Bundesministerium des Innern, 02.10.2007, Hinweise zu den wesentlichen Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union (Richtlinienumsetzungsgesetz) durch das BMI
- AG Schöneberg; 31.01.2007; 70 III 737/05; Verpflichtung zur Mitwirkung des Standesbeamten bei der Eheschließung - Identitätsnachweis durch Proxipass und Echtheitsbestätigung der Botschaft und legalisierten Auszug aus Geburtenregister ohne Überprüfung im Heimatland
- Deutsche Botschaft Ankara; 05.10.2007; Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache im Nordirak - Information der deutschen Botschaft in Ankara
- Bundesagentur für Arbeit; 01.09.2007; Dienstanweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerfV), Stand September 2007
- EuGH; 04.10.2007; C-349/06; Ausweisungsschutz; Anwendbarkeit Art 28 Abs.3 UnionsbürgerRiLi auf nachgezogene türk. Volljährige Kinder (noch nicht entschieden). Verlust der Rechtstellung nach Art.7; Fortsetzung von "Derin"
- LSG Sachsen-Anhalt, 28.09.2007, L 8 B 11/06, Kein Anspruch auf ungekürzte Leistungen nach § 3 AsylbLG bei Weigerung, eine sog. Freiwilligkeitserklärung bei der Botschaft des Heimatlands abzugeben
- Bundesministerium des Innern" und SenInn Berlin, 24.07.2007, Änderung der Verwaltungspraxis durch BMI und SenInn Berlin zu den Anrechnungszeiten von Zeiten der Aufenthaltsgestattung im Einbürgerungsverfahren (als Folge von BVerwG - 5 C 8/06 vom 29.03.2007)
- AG Schöneberg, 18.09.2007, 70 III 810/05, Unter Berücksichtigung der Dauer des PSt-Feststellungsverfahrens, die bei Verfahren in Kenia bis zu zwei Jahren betragen kann, ist es vorzuziehen, die beantragte Berichtigung des Geburtseintrags anzuordnen und nicht das Ergebnis des Verfahren
- Auswärtiges Amt, Visahandbuch des Auswärtigen Amtes bezüglich Daueraufenthaltsberechtigte
- Auswärtiges Amt, D5/508-2-516.20 VHB, Einführung in das Visahandbuch, unvollständige Inhaltsangabe
- Auswärtiges Amt, Visahandbuch des Auswärtigen Amtes für Freizügigberechtigte und EWR Staatsangehörige
- KG Berlin/ Landgericht Berlin; 02.08.2006; 13 O 515/06 + 9 W 74/06; Kammergericht und Landgericht Berlin halten Haftentschädigung von 11 €/Tag (!) für rechtswidrige Freiheitsentziehung für angemessen
- KG Berlin; 03.05.2007; 1 W 407/06; Beratungshilfe: erhöhte Geschäftsgebühr bei Vertretung mehrerer Personen als Auftraggeber
- OVG Berlin-Brandenburg; 06.05.2006; OVG 5 N 34.04; Es ist nicht Aufgabe der deutschen Auslandsvertretungen, im Passverfahren Staatsangehörigkeitsfragen zu klären, vielmehr sind dazu das Bundesverwaltungsamt und im Streitfall die örtlich zuständigen Verwaltungsgerichte vorrangig zur Klärung berufen.
- OVG Berlin-Brandenburg; 07.05.2005; OVG 5 S 5.05; Die entstandenen Zweifel an der Staatsangehörigkeit des Antragstellers werden nicht dadurch ausgeräumt, dass dem Antragsteller der sichergestellte Reisepass ausgestellt worden ist

- VGH Baden-Württemberg; 15.09.2007; 11 S 837/06; Ausnahme von § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG; 14-tägige Besuche als Betreuungsgemeinschaft
- LSG Niedersachsen-Bremen; 19.06.2007; L 11 AY 59-06; Zeiten des Bezugs von Leistungen nach § 1 a AsylbLG werden nicht eingerechnet bei § 2 AsylbLG
- OLG Köln; 10.11.2007; 83 Ss 126/07; Keine Strafbarkeit nach § 95 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG, wenn Residenzpflichtverletzung in Verlassen des Regierungsbezirks, nicht des Bundeslandes bestand

#### Tipps und Sonstiges

- [www.infoasyl.de](http://www.infoasyl.de).vu:  
Innerhalb des Projektseminars "Soziale Ungleichheit in einer globalisierten Welt: Soziale Arbeit und Menschenrechte" haben wir, fünf Studenten\_innen der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik der ASFH Berlin unter der Leitung von N. Prasad und Prof. Dr. B. Rommelspacher einen Leitfaden erstellt, der Flüchtlinge bereits in ihrem Herkunftsland über das Asylverfahren in Deutschland informieren soll. Der Leitfaden wurde vom Gemeindedolmetschdienst/Berlin in acht Sprachen übersetzt und wird über das Internet zugänglich gemacht.
- <http://www.hier.geblieben.net>  
ab 26.9.07 gibt es ein neues Stück am GRIPS Theater: **schwarzweißLila**  
Lila, zehn, ist schwer genervt. Was soll an ihrer Hautfarbe so besonderes sein? Die Mitschülerinnen in ihrer neuen Klasse wollen gerne mal ihre Haare anfassen, und Dennis scheint sich mehr für ihren afrikanischen Vater zu interessieren als für sie selbst. Dabei kennt Lila den Vater überhaupt nicht, weil er noch vor ihrer Geburt Deutschland verlassen hat und die Mutter nicht über ihn sprechen will. So kann es nicht weiter gehen! Lila macht sich auf die Suche. Und trifft auf Basuro aus Gambia. Was kann sie von ihm über ihren Vater und über sich selbst lernen? Mit dem Mädchen Lila präsentiert das Stück eine Figur, die gegen Vorurteile und alltäglichen Rassismus mit Witz und Eigensinn ihren eigenen Weg geht.  
Wir spielen das Stück in der Schiller-Theater-Werkstatt in Berlin und freuen uns auf Euren/Ihren Besuch.  
Weitere Informationen über schwarzweißLila gibt es auf der GRIPS -Webseite!  
Mit besten Grüßen, Philipp Harpain, Aktionsprogramm Hier Geblieben! GRIPS Theater  
von: Volker Schmidt, Regie: Yüksel Yolcu, Für Menschen ab 10  
Aufführungen siehe unter: <http://www.grips-theater.de>
- **Informationen zum Thema Flüchtlingskinder:** 1.- ProAsyl hat eine DVD zur Situation von Flüchtlingskindern herausgegeben. Titel: "Leben im Zwischenraum - Alltag von Flüchtlingskindern in Deutschland". Die DVD kann für 8,00 € bei Pro Asyl bestellt werden: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)  
2.- Fluchtpunkt in Hamburg hat eine Studie zum Zusammenhang zw. Aufenthalts(un)sicherheit und psychischer Situation von Flüchtlingskindern veröffentlicht. Studie siehe Anlage.

#### Brandenburg live

Quelle: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

##### **02.11.2007 » Frankfurt (Oder) / Frankfurt (Oder)**

Frankfurt (Oder) Eine Gruppe von etwa 20 Personen aus dem rechtsextremen Spektrum griffen mit Flaschen- und Steinwürfen eine Veranstaltung mit dem Titel »Wir machen die Musik - Freiräume behaupten. Rechtsextremen Strukturen entgegenwirken« an. Mindestens ein Besucher wurde durch einen Steinwurf verletzt. (Quelle: BORG FFO )

##### **01.11.2007 » Unterspreewald / Dahme-Spreewald**

Schönwalde Unbekannte warfen Farbbeutel auf das Wohnhaus der Landtagsabgeordneten Karin Weber (Linke). Außerdem brachten die vermutlich rechtsextremen Täter ein Plakat mit der Aufschrift »Halbe ist bunt? Taten statt Worte« an, und fotografierten Hausbewohner. Die Abgeordnete engagiert sich in dem Bündnis »Halbe ist bunt und nicht braun«, das sich gegen Neonazi-Aufmärsche am Soldatenfriedhof Halbe wendet. (Quelle: BZ, 02.11.2007)

##### **30.10.2007 » Cottbus / Cottbus**

Cottbus Ein 26-jähriger Mann beleidigte an einer Bushaltestelle im Stadtteil Ströbitz eine 47-jährige Kongolesin. Der Leiter eines nahegelegenen Supermarktes rief die Polizei. Zuvor hatte die Betroffene erfolglos Passanten um Hilfe gebeten. (Quelle: LR, 01.11.2007 )

##### **30.10.2007 » Cottbus / Cottbus**

Cottbus Am Abend wurde ein 35-jähriger Student aus Kenia von zwei Personen, die sich in einer größeren Gruppe befanden, angepöbelt. Die herbeigerufene Polizei konnte keine Tatverdächtigen ermitteln. (Quelle: LR, 01.11.2007 )

##### **16.10.2007 » Potsdam / Potsdam**

Potsdam In der Nacht wurde eine Gruppe linker Jugendlicher an einer Tankstelle von mehreren Personen attackiert. Die Täter, die mit zwei Autos vorgefahren waren, beleidigten zunächst die Jugendlichen. Als diese daraufhin flüchteten, wurden sie von drei Personen verfolgt und eingeholt. Ein

17-Jährigen wurde mit der Faust ins Gesicht geschlagen und, von einem zweiten Täter, gewürgt. Die Angreifer riefen »Sieg Heil« und zeigten den Hitlergruß. (Quelle: PNN, 17.10.2007)

**13.10.2007 » Wittstock/Dosse / Ostprignitz-Ruppin**

Wittstock Am frühen Morgen schlugen Unbekannte die Scheiben eines Dönerladens ein und warfen ein Bierglas in den Innenraum. Der Betreiber war am vorhergehenden Abend in einer Tanzbar von Personen, die der rechten Szene angehören, beleidigt und bedroht worden. (Quelle: OPP)

**23.09.2007 » Rathenow / Havelland**

Rathenow Gegen 2.00 Uhr wurden drei Personen in der Goethestraße von mehreren Angehörigen der rechten Szene angegriffen. Eine Person wurde dabei durch Schläge gegen den Kopf verletzt. (Quelle: Antifa Westhavelland )

**08.09.2007 » Rathenow / Havelland**

Rathenow Gegen drei Uhr morgens wurde ein dunkelhäutiger linker Jugendlicher im Stadtzentrum von Rechten geschlagen. Eingreifende Passanten konnten Schlimmeres verhindern. Wenige später tauchten weitere Personen aus der rechten Szene auf und griffen umstehende Linke an. Die Polizei nahm zwei Rechte fest. (Quelle: Internetwache, 10.09.2007)

**08.09.2007 » Neuruppin / Ostprignitz-Ruppin**

Neuruppin Drei Männer wurden aus einer größeren Gruppe Rechter heraus angegriffen, weil sie sich auf Englisch unterhielten. Dabei wurden sie mit den Worten »Nigger« und »Kanaken« beschimpft. Ein 38-jähriger Neuruppiner wurde bei dem Angriff geschlagen. Die Täter trugen Kleidung mit rechtsextremen Symbolen, darunter das Konterfei von Rudolf Hess und eine 88 mit Eichenlaub. (Quelle: OPP, MAZ, 11.09.2007)

**08.09.2007 » Bad Freienwalde (Oder) / Märkisch-Oderland**

Bad Freienwalde Auf dem Rückweg vom Altstadtfest wurden mehrere Punks von einer Gruppe Rechter beschimpft, an den Haaren gerissen und getreten. (Quelle: Antifa Bad Freienwalde)

**05.09.2007 » Wittenberge / Prignitz**

Wittenberge Ein dunkelhäutiger Mann gab bei der Polizei an, rassistisch beschimpft und bedroht worden zu sein. Er berichtete, dass ihm sein Reisepass aus der Hemdtasche gefallen sei, woraufhin ein Mann seinen Fuß darauf gestellt, den Pass aufgenommen, einige Seiten herausgerissen und den Ausweis in eine Pfütze geworfen habe. Ein zweiter Mann habe ihn mit »Ausländer raus« beschimpft. (Quelle: PNN, 08.09.2007)

**31.08.2007 » Werneuchen / Barnim**

Werneuchen An dem Wohnhaus einer vietnamesischen Familie wurde nachts der Rolladen angezündet, so dass Flammen am Fenster aufstiegen. Als Hausbewohner den Brand löschten, riefen vorbei laufende Personen etwas wie: » ... müssen alle raus hier!«. Das Haus und Grundstück der Familie war in den vergangenen Jahren mehrfach von Unbekannten beschädigt worden. (Quelle: OPP)

**24.08.2007 » Premnitz / Havelland**

Premnitz Zwei Rechte provozierten während des »Dachsbergfestes« Punks, die sich vor einem alternativen Jugendclub aufhielten. Als zwei Passanten schlichtend eingreifen wollten, wurden diese von den Rechten angegriffen und am Kopf verletzt. (Quelle: Antifa Westhavelland)

**24.08.2007 » Pritzwalk / Prignitz**

Pritzwalk Am späten Abend wurden der tunesische Wirt und der Koch des am Marktplatz gelegenen Restaurants »Buenos Aires II« zunächst von zwei Männern mit den Worten »Verschwindet hier!« angepöbelt. Kurz darauf erschien eine Gruppe Rechter, die Betonplatten und Steine gegen die beiden Männer und das Lokal schleuderten. Dabei wurden die Betroffenen leicht verletzt. Die Fensterscheiben und Mobiliar wurden zerstört, außerdem stahlen die Täter eine größere Geldsumme. (Quelle: MAZ, 29.08.2007; OPP)

**Pro Asyl Infoservice Nr. 128**

<http://www.proasyl.de/de/archiv/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-128/index.html>  
Allgemeine Meldungen

- Besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingskindern wird am Frankfurter Flughafen immer weniger beachtet
- PRO ASYL-Hand 2007 geht an José Palazón Osma und Maite Echarte Mellado von der spanischen Kinderrechtsorganisation PRODEIN
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will die Zahl der sogenannten Sprachanalysen in Asylverfahren steigern
- Die Bundesregierung plant derzeit nicht, das 12. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ratifizieren
- Kinderkommission des Deutschen Bundestages: Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention endlich aufheben!
- Flüchtlingsrat Berlin fordert uneingeschränkten Zugang von jungen Migrantinnen und Migranten zur Ausbildungsförderung nach BAFöG und SGB III

- Brandenburgischer Innenminister Schönbohm hat erstmals einem Opfer rechter Gewalt ein Bleiberecht eingeräumt
- Verbrennungstod des Asylbewerbers Oury Jalloh im Polizeigewahrsam
- "Antwort" zu praktischen Fragen des Kirchenasyls in Niedersachsen
- Reportage über die Abschiebung von Gazale Salame aus Hildesheim erschienen
- Anforderungen an eine neue Flüchtlingspolitik der Bremer Landesregierung
- Irrwitzige Polizeiübung auf der Ostsee
- **Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen**
- Angestellter der algerischen Botschaft soll für den Geheimdienst Algeriens spioniert haben
- Zusammenfassung der Ereignisse um die Guinea-Delegation
- Rheinland-pfälzische Innenministerium: Rückführungen nach Guinea momentan nicht möglich
- Guinea: Abschiebepolizisten verprügelt - euroafrikanische Kollaboration in der Migrationspolitik und Widerstand
- Nachbarstaaten des Iraks schotten sich ab
- Internationale Gemeinschaft lässt die Hauptaufnahmeländer Syrien und Jordanien im Stich
- Vorläufig keine Direktflüge mehr in den Nordirak
- Hinrichtungswelle in der Islamischen Republik Iran
- Geringer Erfolg von Rückführungsprogrammen für Flüchtlinge aus dem Kosovo
- Abschiebungshaft gegen ein älteres Ehepaar aus dem Kosovo war rechtswidrig
- Situation in Tschetschenien
- Abschiebungen aus Russland nach Usbekistan und China
- Weiterhin große Zahl von eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Gesinnungsdelikten in der Türkei
- **Europameldungen**
- Europa schottet sich mit illegalen Mitteln gegen Flüchtlinge und Einwanderer ab
- 7 tunesische Fischer mussten sich in Italien vor Gericht verantworten, nachdem sie Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben
- "Ärzte der Welt" fordert einheitliche rechtliche Grundlagen, die irregulären MigrantInnen einen Zugang zum Gesundheitssystem garantieren

Meldungen aus: Frankreich - Griechenland - Malta - Polen

\*\*\*\*\*

Pressemitteilung vom 02. Oktober 2007  
**Durchsetzung von Abschiebungen um jeden Preis**

Die Fraktion DIE LINKE. hat die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage zur Zusammenarbeit von Ausländerbehörden in Deutschland mit Vertretern des Innenministeriums aus Guinea befragt. Zur nun vorliegenden Antwort erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion:

**Um missliebige Ausländer loswerden zu können, kollaborieren deutsche Behörden auch mit korrupten Vertretern von Staaten, denen schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt werden. Diesen Schluss legt**

die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. nahe (Bt-Drs 16/6359), die nun vorliegt. Darin hatte ich die Bundesregierung nach der Praxis mancher Ausländerbehörden gefragt, zur Identitätsfeststellung abgelehnter Asylbewerber ausländische Delegationen einzuladen. Diese sollen feststellen, ob die ihnen vorgeführten Personen Staatsangehörige ihres Staates sind. Im konkreten Fall ging es um mutmaßliche guineische Staatsangehörige.

Diese wurden Vertretern der guineischen Sicherheitsbehörden vorgeführt. Dabei interessiert die Bundesregierung ausweislich ihrer Antwort weder das zweifelhafte Verfahren bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit, noch die mögliche Beteiligung der Vertreter der Sicherheitsbehörden an Menschenrechtsverletzungen und Korruption in ihrem Heimatstaat. Ein laufendes Verfahren der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen den Leiter einer früheren guineischen Delegation wegen Menschenhandel, Urkunds- und Schleusungsdelikten scheint die Zusammenarbeit deutscher und guineischer Behörden ebenfalls nicht zu trüben.

**Dieser ganze Vorgang zeigt: um ihre harte Abschiebepolitik durchzusetzen, ist der Bundesregierung und den Ausländerbehörden jedes Mittel recht. Selbst vor einer Zusammenarbeit mit Behörden anderer Staaten, denen eindeutig Menschenrechtsverletzungen zuzuschreiben sind, schrecken sie dabei nicht zurück.**

Berlin, den 01. Oktober 2007 - Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: (030) 227-71253, Fax: (030) 227-76751

Mail: [ulla.jelpke@bundestag.de](mailto:ulla.jelpke@bundestag.de), <http://www.ulla-jelpke.de>, <http://www.linksfraktion.de/>

*Die kleine Anfrage kann beim FR bestellt werden (pdf)*

\*\*\*\*\*

**Hinweise zum Richtlinienumsetzungsgesetz vom Bundesministerium des Innern  
vom 02.10.2007**

**INHALT:**

Teil I. Hinweise zum Aufenthaltsgesetz - 3 -  
A. Daueraufenthaltsberechtigte (§§ 9a ff., 38a AufenthG) - 3 -  
B. Zurückweisungshaft (§ 15 AufenthG) - 21 -  
C. Studium (§ 16 AufenthG) - 23 -  
D. Forscher (§ 20 AufenthG) - 27 -  
E. Selbständige Tätigkeit (§ 21 AufenthG) - 33 -  
F. Aufenthaltsgewährung bei besonders gelagerten politischen Interessen  
(§ 23 Abs. 2 AufenthG) - 36 -  
G. Flüchtlinge und anderweitig Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 3, §§ 26,  
60, 72 AufenthG) - 38 -  
H. Familiennachzug (§§ 27 ff. AufenthG) - 46 -  
I. Integration (§§ 43 ff. AufenthG) - 61 -  
J. Ermessensduldung (§ 60a AufenthG) - 70 -  
K. Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG) - 71 -  
L. Altfallregelung (§§ 104a, 104b AufenthG) - 74 -  
Teil II. Hinweise zum Freizügigkeitsgesetz/EU - 85 -  
Teil III. Hinweise zum AZR-G - 90 -

"Hinweise zu den wesentlichen Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung  
aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union"

Zum Herunterladen direkt:

[http://infonet-frsh.de/fileadmin/infonet/pdf/BMI\\_HinweiseAendGesetz.pdf](http://infonet-frsh.de/fileadmin/infonet/pdf/BMI_HinweiseAendGesetz.pdf)

oder über:

<http://infonet-frsh.de/infonetstart/>

> JURA & ADVO > Änderungsgesetz

---

## Wegfall der Arbeitsmarktprüfung fuer auslaendische Hochschulabsolventen Georg Classen, Oktober 2007:

die "Verordnung über den Zugang ausländischer Hochschulabsolventen zum Arbeitsmarkt (Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung - HSschulAbsZugV)" vom 9. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2337) tritt am 16. Oktober 2007 - also morgen - in Kraft, siehe <http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl107s2337.pdf> (Nur-Lese-Version, druckbare Version kostenpflichtig bei [www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de))

### Die VO regelt:

1. den Wegfall der Arbeitsmarktprüfung für ausländische Hochschulabsolventen mit Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken (betrifft nicht aus der EU kommende Studierende) die innerhalb der Jahresfrist des § 16 IV AufenthG eine ihrem Abschluss angemessene Arbeitstelle gefunden haben.

Erforderlich ist eine Zustimmung der Agentur für Arbeit, die weiterhin die Arbeitsbedingungen (angemessene Entlohnung) prüfen darf.

Die Möglichkeit des Bleiberechts für ausländische Studierende mit einer nur zu Studienzwecken erteilten Aufenthaltserlaubnis wird damit erheblich erleichtert und dürfte vom Ausnahme- zum Regelfall werden.

2. den Wegfall der Arbeitsmarktprüfung für neu zuwandernde neue Unionsbürger (Angehörige der neue EU-Staaten), die einen Hochschulabschluss als Maschinenbau- oder Elektrotechnikingenieur oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen.

Vgl. dazu:

\* § 27 Nr. 3 Beschäftigungsverordnung:

[http://www.gesetze-im-internet.de/beschv/\\_27.html](http://www.gesetze-im-internet.de/beschv/_27.html)

\* § 16 AufenthG

[http://bundesrecht.juris.de/aufenthg\\_2004/\\_16.html](http://bundesrecht.juris.de/aufenthg_2004/_16.html)

Nach einer mit dem EU-Richtlinienumsetzungsgesetz erfolgten Ergänzung des § 16 IV AufenthG ("Absatz 3 gilt entsprechend") besteht während der Jahresfrist zur Arbeitsuche die Möglichkeit einer arbeiterlaubnisfreien (auch nichtqualifizierten) Beschäftigung von bis zu 90 ganzen oder 180 halben Tagen im Jahr.

\* Weisungen der Agentur für Arbeit DA BeschV (zu § 27 III); DA AufenthG (zur Prüfung der Arbeitsbedingungen) u.a. [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

- > veröffentlichungen
- > weisungen
- > arbeitgeber
- > DA

+++++

### "Polizei diskriminiert Schwarze"

**Immer wieder melden sich Betroffene beim Flüchtlingsrat, die vor allem auf Bahnhöfen oder in Zügen gezielt von der Polizei befragt oder kontrolliert würden, sagt Judith Gleitze. Derzeit wird der Fall eines Kameruners vor dem Amtsgericht Eisenhüttenstadt verhandelt.**

Tagesspiegel, 17.10.2007

Von Juliane Wedemeyer,

EISENHÜTTENSTADT - Der Flüchtlingsrat wirft der Polizei vor, Menschen anderer Hautfarbe zu diskriminieren. In Brandenburg kontrolliere die Bundespolizei täglich Menschen, nur weil sie schwarz sind. Ihnen werde wegen ihrer Hautfarbe unterstellt, sich illegal in Deutschland aufzuhalten, kritisiert der Rat. Immer wieder meldeten sich Betroffene, die vor allem auf Bahnhöfen oder in Zügen gezielt von der Polizei befragt oder kontrolliert würden, sagte Judith Gleitze vom Flüchtlingsrat.

Genauere Zahlen gebe es aber nicht. Hintergrund für die aktuellen Anschuldigungen ist ein Fall, der morgen am Amtsgericht Eisenhüttenstadt verhandelt wird. Ein Kameruner wird beschuldigt, 2005 bei einer Polizeikontrolle die Gesundheit eines Bundespolizisten stark gefährdet zu haben. Der HIV-positive Mann soll um sich geschlagen und einen Beamten in den Finger gebissen haben. Laut Flüchtlingsrat habe der Asylbewerber lediglich "seine Rechte, mit Respekt und Akzeptanz behandelt zu werden, verteidigt".

Er habe mit mehreren Wartenden an einer Bushaltestelle gestanden, als ein Polizist ihn und seine drei afrikanischen Bekannten nach dem Ausweis fragte. Als sie nach dem Grund für die Kontrolle fragten, soll der Beamte geantwortet haben, "weil ihr illegal ausseht". Mit der Begründung, dass dies rassistisch sei, will der Angeklagte sich der Kontrolle verweigert haben. Nach seinen Angaben erschienen schließlich rund 16 Polizisten an der Bushaltestelle, fesselten ihn mit Handschellen, und ein Polizist sprühte ihm Pfefferspray in die Augen. Die Bundespolizei wollte sich zu dem Fall nicht äußern. Den generellen Vorwurf des Flüchtlingsrates wies die Behörde aber zurück: "Wir kontrollieren nicht nach Hautfarbe", sagte ein

Sprecher.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 17.10.2007)

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/Brandenburg-Integration-Asyl-Brandenburg-Eisenhuettenstadt;art128,2401230>

\*\*\*\*\*

PE PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V., 29.10.2007

**Griechenland: Flüchtlinge werden Opfer von Misshandlungen und Rechtlosigkeit  
PRO ASYL und griechische Rechtsanwaltsvereinigung dokumentieren  
systematische Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis  
PRO ASYL fordert EU zur Reaktion auf**

Bei zwei Recherchemissionen im Juli/August und im Oktober 2007 haben Vertreter von PRO ASYL und der griechischen Vereinigung der Rechtsanwälte für die Verteidigung der Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten die Situation an der EU-Außengrenze in der Ägäis untersucht. Der Schwerpunkt der Recherche lag beim Umgang griechischer Behörden mit Flüchtlingen vor und auf den ostägäischen Inseln Lesbos, Chios und Samos. Die Recherche sprach mit mehr als 100 Flüchtlingen, Vertretern der griechischen Küstenwache und der Behörden.

Das Ergebnis der Recherche ist höchst schockierend. Systematische Menschenrechtsverletzungen finden statt:

a.. Die griechische Küstenwache misshandelt systematisch neu ankommende Flüchtlinge. Sie versucht, Flüchtlingsboote zu blockieren und aus den griechischen Territorialgewässern zurückzudrängen. Dabei werden Tote in Kauf genommen. Bootsinsassen werden auf unbewohnten Inseln ausgesetzt oder auf dem offenen Meer ihrem Schicksal überlassen.

b.. Die Polizei inhaftiert völkerrechtswidrig alle Flüchtlinge und Migranten bei ihrer Ankunft auf den Inseln - auch Minderjährige. Ausnahmslos und unter Bruch des Völkerrecht wird gegen alle Neuankommenden eine Abschiebungsanordnung verhängt. Die Inhaftierten werden ohne Informationen über ihre Rechte und ohne juristischen Beistand gelassen.

c.. Alle drei von der Delegation besuchten Haftlager bieten unhaltbare Lebensbedingungen. Die Umstände der Inhaftierung kommen einer erniedrigenden und unmenschlichen Behandlung gleich. Die Recherche wurde durchgeführt von Rechtsanwältin Marianna Tzeferakou (Vereinigung der Rechtsanwälte für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten in Athen), Karl Kopp (Europareferent von PRO ASYL), Günter Burkhardt (Geschäftsführer) und Elias Bierdel, der im Auftrag der Stiftung PRO ASYL tätig war. PRO ASYL und die Vereinigung der Rechtsanwälte für die Verteidigung der Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten veröffentlichen die Dokumentation unter dem Titel "The truth may be bitter, but it must be told" heute in Brüssel und Athen.

PRO ASYL und die griechische Rechtsanwaltsvereinigung fordern europäische Gremien vor dem Hintergrund der eklatanten Missstände und Menschenrechtsverletzungen in Griechenland zum sofortigen Handeln auf. Die EU-Kommission, das Europaparlament, der Menschenrechtskommissar des Europarats, das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) und auch die nationalen Regierungen der EU-Staaten können nicht hinnehmen, dass das EU-Mitglied Griechenland Regeln des Völkerrechts und die Menschenrechte massiv verletzt. Die Praktiken griechischer Grenzbeamter und der Küstenwache stellen eine eklatante Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention und europäischer Richtlinien dar. Solange die systematisch erfolgenden Menschenrechtsverletzungen nicht abgestellt sind und Griechenland kein adäquates Aufnahmesystem für Flüchtlinge installiert hat, ist es unverantwortlich, Flüchtlinge im Rahmen der sog. Dublin II-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren innerhalb der EU regelt, nach Griechenland zu überstellen.

gez. Karl Kopp  
Europareferent von PRO ASYL  
Vorstandsmitglied von ECRE

gez. Günter Burkhardt  
Geschäftsführer

\*\*\*\*\*

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.  
Presseerklärung 06. November 2007

**Griechische Regierung will Vorwürfe schonungslos aufklären  
Heftige Debatte im Parlament und in den griechischen Medien  
PRO ASYL: Keine Überstellung von Asylsuchenden von Deutschland nach Griechenland**

PRO ASYL begrüßt die Ankündigung der griechischen Regierung, sie wolle schonungslos die Vorwürfe völkerrechtswidriger Zurückweisung und der systematischen Misshandlung von Flüchtlingen in der Ägäis untersuchen. Der Bericht "The truth may be bitter, but it must be told" hat in der letzten Woche zu heftigen Debatten im griechischen Parlament und in der griechischen Öffentlichkeit geführt (siehe

Anlage). Damit eröffnet sich nach Ansicht von PRO ASYL für Griechenland die Chance, dass die beschriebenen schweren Menschenrechtsverletzungen auch strafrechtliche Folgen haben. Die dokumentierten schwersten Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis müssen lückenlos aufgeklärt und vor allem unverzüglich beendet werden. In der jüngsten Vergangenheit blieben in Griechenland die Täter - Polizisten und Grenzbeamte - straffrei und die Opfer schutzlos. Bereits im Dezember 2006 hat das Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe des Europarates (CPT) einen Bericht über die menschenunwürdigen Verhältnisse in griechischen Haftlagern vorgelegt. Im Juni 2007 war eine Delegation des Europaparlaments in Samos und hat deutliche Worte für die dortigen Zustände gefunden. (siehe Anlagen) Doch auch jetzt noch geht die inhumane Inhaftierung von Schutzsuchenden, von Minderjährigen und kompletten Familien, auf den Ägäischen Inseln weiter. An die Adresse der Bundesregierung richten PRO ASYL und die griechische Anwaltsvereinigung deshalb den Appell, Asylsuchende bis auf Weiteres nicht mehr zwangsweise nach Griechenland zurückzuschicken. Solange die im Bericht beschriebenen Menschenrechtsverletzungen nicht aufgeklärt sind und die eklatanten Defizite des griechischen Asyl- und Aufnahmesystems weiter existieren, ist für Schutzsuchende eine Überstellung auf der Basis der europäischen Zuständigkeitsregelung (Dublin II-Verordnung) unzumutbar. PRO ASYL fordert Bundesinnenminister Schäuble auf, das ihm unterstellte Bundesamt anzuweisen, bei "Griechenland-Fällen" das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen.

gez. Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL, Vorstandsmitglied von ECRE

\*\*\*\*\*

**Grenzkontrollen zu neuen EU-Staaten entfallen am 21. Dezember. Die Kontrollen an Flughäfen folgen zum 30. März 2008. Der Schengen-Raum wächst auf 24 Staaten.**

**BRÜSSEL ap/afp** Drei Tage vor Heiligabend können die Bundesbürger erstmals ohne Passkontrollen nach Polen und Tschechien reisen. Dafür machten die EU-Innenminister in Brüssel den Weg frei, wie ein EU-Diplomat mitteilte. Damit können neun der zehn neuen EU-Staaten zum 21. Dezember dem sogenannten Schengen-Raum beitreten. Neben Polen und Tschechien sind dies Ungarn, die Slowakei, Slowenien, die drei Baltenstaaten und Malta. Zypern will auf eigenen Wunsch erst später beitreten.

Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte dazu, dies sei ein "Glück für Deutschland und keine Bedrohung". Die Öffnung habe eine "symbolische Wirkung für die neuen EU-Staaten, die nicht mehr hinter dem Eisernen Vorhang leben". In der Nacht zum 21. Dezember sollen zunächst die Kontrollen für Pkw- und Zugreisende sowie in Häfen oder auf Schiffen fallen. Die Kontrollen an Flughäfen folgen zum 30. März 2008. Zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen gehören derzeit die 15 alten EU-Länder ohne Großbritannien und Irland. Dazu kommen Norwegen und Island.

Der Verzicht auf reguläre Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum geht einher mit einer Stärkung der Außengrenzen. Dadurch soll verhindert werden, dass etwa ein illegal nach Polen eingereister Ukrainer künftig ohne weitere Kontrollen weiter über Deutschland bis nach Spanien reisen kann. Neben der Einführung moderner Screening-Geräte etwa für den Inhalt von Lkw wurde das Schengen-Informationssystem (SIS) auf die neuen Mitgliedstaaten ausgeweitet. Darüber tauschen die Schengen-Staaten Daten der Grenzbehörden aus, etwa über illegal eingereiste Einwanderer. (Quelle: taz)